

Saale-Beitung.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

werden die 6 getheilte ...

Erscheint täglich ...

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle ...

Bezugspreis ...

Nr. 143.

Halle a. S., Donnerstag, den 21. September.

1911.

Die neue Futtermittel-Verfügung.

Allgemein ist der Sturm der Entrüstung über die Ungünstigkeit der ersten Verfügung wegen der Herabsetzung der Eisenbahnfrachten auf Futtermittel gemessen. Nur die Agrarier haben sich nicht daran beteiligt, obgleich sie, wenn sie wirklich Freunde der Viehzucht, Vorkämpfer des Interesses aus der Kleinbauern wären, doch in erster Linie ihre Stimmen hätten erheben müssen. Der kleine Landwirt allein ist vor allem Viehzüchter; Korn, Heu und Stroh hat er wenig zu verkaufen, oder er muß, wenn er seine Ernte verkauft, später die Ware im kleinen wieder einkaufen, namentlich in der Gestalt von Mehl und Brot. Die Agrarier dagegen sind die Langzeitbesitzer des Ertrags und besitzen und nehmen dessen Vorteil nicht nur gegen die Nichtlandwirte, sondern auch gegen die Kleinbauern wahr. An der Viehzucht sind außerdem viele Leute beteiligt, die man gar nicht der Landwirtschaft zuschreibt, weil die Wurstzeit eines oder einiger Schweine oder die Haltung eines Stückes Milchvieh sie noch nicht zu Landwirten macht, also Handwerker, Arbeiter, Unterbeamte (um nur eine Gruppe zu nennen, das Heer von Bahnwärttern), Lehrer usw. Alle diese haben ein lebhaftes Interesse an mäßigen Preisen für Viehfutter. Um alle diese kümmert sich aber der wachsende Agrarier ebenso wenig wie um die Kleinbauern, ihm liegt vor allem an der Erhöhung der Einnahmen aus dem Körnerbau. Darum war das Agrarierum auch vollkommen zufrieden damit, daß die erste Futtermittel-Verfügung die wesentlichen Futtermittel, wie Gerste, Mais und Hafer, nicht berücksichtigt, sowie damit, daß die kleinen Verbraucher, die nicht Wagonladungen beschaffen können, nur auf umständliche und unsichere Weise in den Besitz der Vorräte des Frachtmagazins gelangen konnten, während z. B. Fuhrwerksbesitzer ganz davon ausgeschlossen blieben sollten. Diese weitgehende Berücksichtigung der agrarischen Wünsche hat eine Erbitterung hervorgerufen, die an allen Ecken und Enden explozivartig zum Ausbruch kam und auf die Regierung nun dahin gewirkt hat, daß sie vor wenigen Tagen ihre zweite Verfügung erließ. In ihr schließt sie zwar immer noch Hafer von den Vergünstigungen aus, nimmt aber Futtergerste und Mais sowie Hülsenfrüchte und Kartoffeln in die Liste der Artikel auf, für welche die Herabsetzung der Eisenbahnfracht auf die Hälfte eintreten soll. Auch darin wird eine Konzession gemacht, daß auf jede Zweckbestimmung verzichtet wird. Die Regierung hat sich also der von den Agrariern nicht eingehenden Notwendigkeit gefügt, auch den Bedarf des kleinen Viehzüchters und des nichtlandwirtschaftlichen Viehhalters zu berücksichtigen. Bravo! Wie hiernach das Verhalten der Agrarier zu beurteilen ist, braucht nicht erst formuliert zu werden. Die Reichstagswahlkämpfe werden hoffentlich der wachsenden Bevölkerung Deutschlands die Augen darüber völlig öffnen. Daß den Bezügen der Gemeindeverwaltungen abgesehen, noch weitere Ermäßigungen in Aussicht gestellt werden und eine Herabsetzung der Fracht auf Düngemittel angeordnet wird, ist als Notstandsmaßnahme anzusehen und zu billigen. Mit der vorliegenden Frage hat es jedoch nichts zu tun, weil die Festsetzung der Frachten nicht unter Beobachtung wirtschaftspolitischer Gesichtspunkte erfolgt ist. An der Erhaltung des Viehstandes hat die ganze Nation ein Interesse, und gewiß ist sie bereit, den Landwirten die Kalamität tragen zu helfen. Die Ernte an Getreide ist in Deutschland nicht klein gewesen, wie die amtlichen Berichte bestätigen; ebenso ist der Strohertrag nicht schlecht, der erste Heuschchnitt ist sogar der Menge nach gut und der Beschaffenheit nach ganz vorzüglich ausgefallen, auch die Kartoffelernte gibt zu Klagen nicht viel Anlaß und liefert meist eine sehr gute Qualität. Was fehlt, ist der Nachdruck an Gras und sonstigen Futtermitteln sowie das Gemische mit Ausnahme der Wäpfern. Auch fehlt es trüblich um die Zuckerrüben, so daß der Viehzucht auch aus dieser Quelle wenig Abfälle und Rüstküden zuzuführen werden. Leider beutet auch mancher Zwickel sich an der Klage über den Strohstand aus. Mit moralischem Gezeier ist dagegen nichts auszurufen, helfen kann nur die Aufführung durch die Presse sowie die Konkurrenz durch Bezugsvereinigungen, gemeinnützigen Gesellschaften, unter Umständen auch die Initiative der Gemeindeverbände.

Die neue Verfügung gelangt sich auch insofern vor der alten aus, daß sie die Ausschließung der binnenländischen Mühlen, Futtermittelfabriken und Strohmüllens von dem Genusse der Frachtherabsetzung für solche Abfälle befreit, die in dem Volkstum liegen. Diese Betriebe sollten für Volkstum die volle Fracht bezahlen, während amerikanische Maisabfälle, südtürkische Hafer- und Gerstenschalen, russische Hirsenhälsen nur halben Fracht hereinkommen konnten. Durch die neue Verfügung fällt diese Ungerechtigkeit wenigstens bei Mais und Futtergerste fort. Der Bedarf an Getreide, Stroh und Kartoffeln sowie an ausländischen Futtermitteln seitens der wachsenden Bevölkerungsteile wird durchweg in diesem Winter be-

ders stark sein. Zu bedauern ist nur die Inkonsequenz der deutschen Zollpolitik dieser Notwendigkeit gegenüber. Eine Anzahl Futtermittel, wie Baumwollsaamen, allerlei Nüsse, Palmkerne, Kopro, Reisabfälle, Oelfuchen, Kleie usw., geht zollfrei ein. Auf Futtergetreide dagegen sind hohe Vertueerungszölle gelegt. Futtergerste, die vor den neuen Handelsverträgen 20 Mark Zoll für die Tonne zu tragen hatte, wird jetzt zwar nur mit 13 Mark verzollt; immerhin sind aber auf die 1910 eingeführten 2826 000 Tonnen Futtergerste 36 1/2 Millionen Mark Zoll zu zahlen gewesen - zum Nachteile der Viehzucht. Mais kostet statt der früheren 16 Mark jetzt 30 Mark Zoll und hat daher bei einer Einfuhr von 573 000 Tonnen 17 Millionen Mark an das Reich abliefern müssen. Der Haferzoll beträgt gar 50 Mark, was für die eingeführten 457 000 Tonne eine Summe von fast 23 Millionen Mark ausmacht. Die deutsche Viehzucht hat also in einem Jahre an Vertueerungszöllen für ausländisches Futtergetreide 67 Millionen Mark tragen müssen. Darin ist aber die Vertueerung für inländisches Futtergetreide noch nicht einmal einbezogen. Hier ist immer noch viel zu tun, wenn die Viehzucht wirtschaftlich auf gesunde Grundlagen gestellt werden soll.

Die marokkanische Frage.

Berlin, 20. Sept. (Privattelegramm.) Der Reichstagsler dürfte heute aus Jöhentinnow nach Berlin zurückkehren, der Kaiser aber wird voraussichtlich seinen Aufenthalt in Rominten, wo er von dem Stande der mündlichen Verhandlungen über die Marokkofrage selbstverständlich genau unterrichtet wird, nach der ursprünglich getroffenen Dispositionen ausdehnen. In einem offiziös gekennzeichneten Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ ist zu lesen: „Die Komwoje Bismarck berichtet von einer Unterredung, die einer ihrer Vertreter mit dem König von Spanien gehabt haben will. In dieser Unterredung soll der König der Bemerkung des Journalisten, in Frankreich sei man der Meinung, daß Spanien in Marokko durch Deutschland vortwärtig gehen werde, mit großem Nachdruck widersprochen haben. Spanien, so legte er, unterhalte mit Deutschland gute Beziehungen, aber ebenso mit allen andern Mächten, und wenn Deutschland in der marokkanischen Frage Spanien Ratshilfe erteilt habe, so lie dies in bezugnehmendem und friedlichem Sinne gesehe. — Wir wissen natürlich nicht, ob sich König Alfonso in dieser Weise geäußert hat, aber beinahe möchte man es glauben, denn was ihm hier über die Haltung Deutschlands in den Mund gelegt wird, stimmt mit den Tatsachen durchaus überein.“

„Unter den Kulissen des Marokko-Konflikts.“

Unter diesem Titel hat die Pariser „Humanité“ Enthüllungen über die kapitalistischen Hintergründe des deutsch-französischen Marokko-Konflikts zu veröffentlichen begonnen. Die Anfänge der lebhaften Differenzen reichen danach in die erste Zeit des Kaiserthums zurück, als in dem Caillix Finanzminister war. Damals trat, so wird erzählt, Caillix mit dem deutschen Reichstagsabgeordneten Semler und dem „Temps“-Redakteur Tardieu in Unterhandlungen betreffs der P'Goto-Sangha-Wäfrage ein. Es handelte sich um die durch die Auflösung des deutsch-französischen Konföderations entstandene Entschädigungsfrage. Bei diesen Verhandlungen machte Tardieu den Vorschlag, und gewann die leitenden Staatsmänner zur Förderung seiner primären Zwecke für den Plan eines deutsch-französischen Abkommens, durch das Marokko an Frankreich ausgeliefert werden sollte. Die Differenzen zwischen den deutschen und den französischen Marokkoforderungen entkräften. Dieser Handel komplizierte sich mit den deutschen und französischen Konföderationsforderungen in der Türkei.

Die Mäthche des „Panther“.

Man schreibt dem „B. T.“ von unterrichteter Seite: Die Meldung über die neue Entsendung des Kanonenboots „Panther“ nach Agadir repetitive den westafrikanischen Gewässern hat zu irigen Aufregungen Veranlassung gegeben. Die Entsendung des Schiffes nach seiner beständen Reparatur in der Heimat wird unabhängig von dem weiteren Fortschreiten der löwenden Marokko-Verhandlungen erfolgen. Denn ehe von dem Madrid-Verständnisfall überhaupt die Rede war, war bereits die notwendige Heimbeorderung des Kanonenboots zum Zweck seiner Ausbesserung bestimmt worden; und ebenso war ins Auge gefaßt worden, den „Panther“ nach der Reparatur wieder nach seinem alten Stationsgebiet zurückdampfen zu lassen, das eben die westafrikanische Station seit vielen Jahren ist. Die Meldung, daß die deutschen Interessen in Westafrika eines verfallenen Glottenschuhes bedürfen, ist bereits demontiert worden. Der nach Madrid entsendete Kreuzer „Berlin“ dient eben nur als Ersatzschiff für das vorübergehend abwesende Kanonenboot „Panther“. Für die dauernde Besetzung der westafrikanischen Gewässer kommen nur weiter die beiden Kanonenboote „Panther“ und „Gber“ in Betracht, wie dies seit längerer Zeit der Fall war.

Deutsches Reich.

Die militärischen Vorkerhungen Belgiens in antlicher Darstellung.

Die offiziös „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die durch die Blätter gegangenen Gerüchte über einseitige militärische Vorkerhungen Belgiens stellen sich als unbegründet heraus. Es ist richtig, daß die belgische Seeresverwaltung Anordnungen im Festungswesen getroffen hat; es handelt sich aber dabei nur um Maßregeln, wie sie in der Verwallung der Festungen regelmäßig wiederkehren. Auch ist wegen der Schwäche der militärischen Cadres in gewissen Fällen die Zurückbehaltung von Mannschaften unter der Fahne verfügt worden. Diese Anordnungen wurden aber, wie hier amtlich zu Kenntnis gelangt ist, in gleichmäßiger Weise für alle belgischen Grenzgebiete ins Werk gesetzt. Als unrichtig wird auch die Behauptung erklärt, daß die Geländeten Belgiens in Berlin und Paris ungenügende Berichte über die politische Lage an ihre Regierung gefandt haben sollen. Soweit dies in Meldungen aus Paris behauptet worden ist, scheinen Brienmandöver im Spiel gewesen zu sein. Die Unterredung, die der belgische Premierminister Broqueville vor einiger Zeit mit dem französischen Ministerpräsidenten Caillaux in Paris faßte, bezog sich, nach zuverlässiger Mitteilung aus Brüssel, ausschließlich auf handelspolitische Gegenstände.

Eine lästige Erbschaft.

Die „Berliner Politischen Nachr.“ schreiben: Eine der Hauptaufgaben des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1912, mit dessen Aufstellung das Reichshaus am gegenwärtig beschäftigt ist, muß es sein, nicht nur das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben aufrecht zu erhalten, sondern vor allem den außerordentlichen Etat, d. h. die Anleihe, von allen Ausgaben nicht verbender Art zu befreien und eine nachdrückliche Schuldentilgung einzuleiten. Diese Aufgabe ist um so schwerer, als auch der ordentliche Etat nach mehrere schmale Stellen enthält, in denen regelmäßig wiederkehrende Ausgaben mittelbar durch Anleihe bedingt werden. Zwei der wichtigsten Beispiele mögen das erläutern. Gleich im Anfang des Hauptetats ist bei Kapitel 44 der Ausgaben zugelassen, daß für Vorauszahlungen der Seeresverwaltung an Kärnern, Wunderpflanzung und Roblen rund 75,5 Millionen Mark über den Etat hinaus vorzuschußweise verausgabt werden dürfen; dazu tritt die bayerische Quote mit rund 9,3 Millionen Mark. Das bedeutet, daß die Beschaffung von Vorräten an Verpflanzungsmitteln für Mann und Pferd, sowie an Roblen nicht aus den Einnahmen des ordentlichen Etats bewirkt werden soll, sondern daß der Gesamtbetrag von 85 Millionen Mark den Betriebsmitteln des Reiches als schwebende Schuld zur Last fällt und durch Schatzanweisungen bedrückt wird. Ferner wirkt in den Kapiteln 27 Titel 11 und 29 Titel 12a der preussische und der sächsische Militäretat an Mieten für Kärnern und Garnisongebäude, sowie für Lazarette, die auf Grund von Verträgen errichtet sind und für die der jährliche Mietzins im Einzelnen 6000 Mark und mehr beträgt, rund 10 1/2 Millionen Mark aus. Nach den zugehörigen Erklärungen gehen die Mietbedingungen im allgemeinen dahin, daß als Mieter für den Betrag des Bauplatzes 4 v. S. Zinsen für die Baufosten entweder 5 v. S. oder 6 v. S. Zinsen gewährt sind; je nachdem die künftige Unterhaltung der Seeresverwaltung oder dem Vermieter obliegt. Die Seeresverwaltung hat das Recht des jederzeitigen Anfaufs von Schwere. Kapitalisiert man die Miete nach einem Durchschnittszinssatz von 5 v. S., so ergibt sich ein Anfaufwert von 210 Millionen Mark. Hier ist also neben dem im Etat feststehenden Anleihe noch eine solche bei Gemeindefin und bei Privatvermietern in Höhe des eben genannten Betrages aufgenommen worden. — Öffentlich gefasst es, auch mit dieser Erbschaft der Vergangenheit im nächsten Jahre aufzuräumen.

Die Verkehreinnahmen der Staatsbahnen.

Wie die „Berliner Politischen Nachrichten“ mitteilen, hat die aufsteigende Bewegung der Verkehreinnahmen der preussischen Staatsbahnen auch im Monat August nicht aufgehört. Dieses günstige Ergebnis ist namentlich dem weiteren Anmarsch des Güterverkehrs zuzuschreiben, während der Personenverkehr, wahrscheinlich infolge der großen Hitze, nicht in demselben Maße gestiegen ist. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres haben namentlich die Verkehreinnahmen der Eisenbahnen die der entsprechenden Zeit des Vorjahres um mehr als 60 Mill. Mark übersteigen. Das in bezug auf das Tiergebot der Eisenbahnverwaltung gegenüber dem Staatsanfaß bedeutet, erhält aus der Tatsache, daß für 1911 die Einnahmen der Staatsbahnen nur um sehr wenig höher veranschlagt sind, als die Einnahmen des Jahres 1910 betrug. Dabei haben sich die Mehraufgaben in verhältnismäßig engen Grenzen gehalten. Es ist dies namentlich der in den letzten Jahren vorgenommenen planmäßigen Erweiterung und Ergänzung der bestehenden Anlagen und der Vermehrung des Fuhrparks der Staatsbahnen zuzuschreiben. Wenn daher die Verkehreinnahmen in dem übrigen Teil des Etatsjahres auch nur annähernd sich in gleicher Weise verhalten, so ist auf einen höheren Ueberfluß der Staatsbahnen, als im Etat

vorsehen, und demzufolge auf eine erheblich höhere Dotierung des Ausgleichsfonds als mit dem im Etat vorgesehenen 33 Millionen zu rechnen. Allerdings wird dieser Ueberschuß etwas durch die Maßnahmen selbst, welche zur Verhütung der Nothdette infolge der starken Dürre dieses Sommers sowohl auf dem Gebiete des Tarifwesens als auf anderen Gebieten durchgeführt werden. Die festliche starke Steigerung des Verkehrs, insbesondere des Güterverkehrs, legt auch die Frage einer entsprechenden Vergrößerung des Bahnparks der deutschen Eisenbahnen nahe. Man wird in der Annahme nicht fehl gehen, daß zwischen den deutschen Eisenbahnverwaltungen bereits eine dahingehende Verhandlung aufgenommen worden ist.

Die **Konkurrenz-Stadtbahnverordnungsammlung** stimmt einer vom Magistrat vorgelegten Eingabe an den Sanitätsrat, in welcher und den Reichsanwalt zu, worin um die Öffnung der Grenzen für die Nahrungsmittel, Aufhebung der Lebensmittel- und Verbilligung des Viehverkaufes auf den deutschen Eisenbahnen, sowie um eine Reform des Systems der Getreidezufuhrung ersucht wird.

Parteinachrichten.

Das konfizierte Telegramm an Bebel.

Unter der Signatur „Kerns“ ersieht der „Vorwärts“, daß ein vom Sekretär der Internationalen Bureau, Hunsman, am 11. September an Bebel abgeandertes Telegramm Bebel nicht ausgeliefert worden ist. Nach einem mehrfachen Meinungsaustrausch per Telegramm und Brief zwischen Hunsman und Bebel erfuhr dieser, „endlich am Sonnabend nachmittags, kurz vor seiner Abreise von Jena, daß die befallige Post dem Genossen Hunsman gemeldet hat, die deutsche Post hätte das Telegramm konfisziert, ohne der befalligen Post von dieser Konfizierung Mitteilung zu machen“. Bebel habe sich nunmehr an das kaiserliche Telegraphenamt in Jena gewandt und die Auslieferung der Depesche verlangt. Zugleich verlangte er zu wissen, wer den Befehl zur Zurückhaltung des Telegramms gegeben habe und welche Gründe für die Konfizierung maßgebend gewesen seien. Bebel beabsichtigt, die Angelegenheit im Reichstage zur Sprache zu bringen. Aber es ist, färscht der „Vorwärts“, noch weitere Merkmale von übertragener Nervosität vorhanden. Als Bebel und Dieckmann nachmittags nach 5 Uhr gemeinsam von Jena nach Eisenach abfahren wollten, bemerkten sie, daß sie geheimnisvoll überwärmt wurden. Bebel selbst schreibt darüber: „Ich bin während der Dauer des Sozialistengesetzes wohl der am meisten geheimnisvollig verfolgte Genosse in Deutschland gewesen und habe dabei über die Methoden dieser Überwachung sehr viele Erfahrungen gemacht. Neu aber war mir, wie man am Sonntag nachmittags von Friedrichshafen und Romanshorn aus — also auf Schweizer Boden — mit Hilfe des Bohrs- und Schiffspersonals das Ziel meiner Reise zu erfahren suchte.“

Sof- und Personalnachrichten.

Veränderungen im diplomatischen Korps.

Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ hört, ist der erledigte Posten des Legationssekretärs bei der Gesandtschaft in Dresden dem bisherigen Legationssekretär bei der kaiserlichen Gesandtschaft in Santiago, Freiherrn v. Welzede, übertragen worden. Den erledigten Posten des zweiten Sekretärs bei der kaiserlichen Gesandtschaft in Rom hat der bisherige Legationssekretär bei der königlichen Gesandtschaft in Stuttgart, v. Stamm, erhalten, dessen Nachfolger in Stuttgart der frühere dritte Sekretär bei der kaiserlichen Gesandtschaft in Paris, Graf v. Büdler, geworden ist. Auf den erledigten Posten eines zweiten Sekretärs bei der kaiserlichen Gesandtschaft im Haag ist der Legationssekretär v. Schanzberg berufen, der bisher noch keinen Posten hatte. — Für die Wiederbesetzung des Postens des Gesandten in München ist der derzeitige Gesandte in Christiania, Wirkliche Geheime Rat v. Trentler, in Aussicht genommen.

Ausland.

Die Lage in Spanien.

Aus Madrid wird gemeldet: Die spanische Regierung trifft jetzt auch in Madrid außerordentliche Vorkehrungsmaßregeln; die Truppen stehen in den Kasernen bereit. In Alcala, das ungefähr 25 000 Einwohner hat, sind Truppen eingetroffen. Sogar in Alcala als in Zaragoza haben die Aufständischen die brutalsten Gewalttakte verübt. Sie durchzogen, da die Polizei und Gendarmen sich ohnmächtig erwiesen, die Straßen unter den Rufern: „Es lebe die Anarchie!“ „Es lebe die soziale Revolution!“ „Nieder mit dem Kapital!“ Auch in der wichtigen Hafenstadt Ferrol ist der Generalstreik ausgebrochen, an dem sich auch die Arbeiter des Flottenarsenals beteiligen. In Valencia werden sämtliche Klöster, Banken und öffentlichen Gebäude von Truppen besetzt; bisher wurde nur ein Kloster angegriffen; die Truppen zerstreuten die Angreifer mit blanker Waffe. Der Premierminister Canalejas erklärte, er könne heute noch nicht bestimmen, ob auch die äußerste republikanische Linke an der von Barcelona ausgehenden Bewegung beteiligt ist. Es sei zweifellos, daß bei den Vorberathungen seitens ausländischer Ausländer ihre Hand im Spiele gehabt. Das Revolutionskomitee hat in jeder Provinz Spaniens mit Ausnahme Kastiliens seine Vertreternamensmänner; in einigen Arbeiterbezirken der Städte Alcala, Linares und anderen hätte das Barceloner Komitee wirkliche Zweigstellen eingerichtet. Heute befinden sich die hauptsächlichsten Agenten des Revolutionskomites hinter Schloß und Riegel. Einige seien nach Oran, andere nach Frankreich geflohen. Unter den Arbeitern machten sich verschiedene Tendenzen bemerkbar, einige seien für revolutionäre Bewegung, andere seien eingeschüchelt durch Drohungen ihrer Frauen und Kinder; sie würden, falls sie an der Bewegung nicht aktiv teilnahmen, getötet werden. Andere schloßen sich an Solidaritätsgefühle der Bewegung an.

London, 20. Sept. In Bilbao möchte, wie dem „Daily Telegraph“ gemeldet wird, das deutsche Geschäft „Herzog“, während der Mannschaft Kohle einnahm, von der Polizei beschlagnahmt werden.

Die offiziellen Depeschen aus Madrid juchten die Lage in möglichst günstiger Weise darzustellen. Danach herrsche in Barcelona, Girona und Valencia Ruhe. Canalejas erklärte einigen Berichterstattern, daß die Lage sich im allgemeinen gebessert habe, obwohl die Gegend von Valencia noch immer von einer 2000 oder 3000 Mann starken Menge besetzt werde, die sich bemühe, die öffentliche Ordnung zu stören. Viele der Unruhestifter seien jedoch ohne Waffen. Alcala sei in der Gewalt der Truppen, Caragente werde abends von den Soldaten eingenommen werden. Die Vorstehenden mehrerer Arbeitervereinigungen haben gegen die anwaltliche Unterdrückung Stellung genommen und erklärt, ihre Mitglieder seien bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen. In Bilbao verkehren Straßenbahnen und sonstige Fußverkehrsmittel zahlreicher; der Eisenbahnverkehr vollzieht sich ordnungsgemäß.

Kaiser Nikolaus und Stolypin.

Als Petersburg wird gemeldet:

Kaiser Nikolaus hat an den Generalgouverneur von Kiew, Generaladjutanten Trepow, einen Erlaß gerichtet, in dem es heißt:

Der uns während unseres Aufenthalts in der alten Residenz während, sowie in den anderen von uns aufgesuchten Ortlichkeiten des Südrusslandes zuteil gewordene herzliche Empfang seitens sämtlicher Schichten der Gesellschaft hat mich und die Kaiserin tief gerührt. Unsere freudige, hellgemuthete Stimmung ist vermindert worden durch den in meiner Gegenwart verübten rauchlosen Anschlag auf meinen treuen Diener und mühen Erfiller seiner Pflicht, den Ministerpräsidenten Stolypin. Die uns von allen Seiten zugehenden Aeuerungen aufrichtiger Entrüstung über das verübte Verbrechen überzeugen uns jedoch, daß die gesamte wohlhabende Bevölkerung Kiews, sowie der anderen von uns aufgesuchten Ortlichkeiten, die von dem einen Wunsch befeuert ist, ihren Monarchen feierlich zu begrüßen, die Gefühle zumeist vollen Annehmens mit uns teilt. Die uns ausgesprochene Liebe zum Vaterlande und zum Throne überzeugt mich davon, daß alle Schichten der Bevölkerung meinen Himmelsungen gemäß ihre Kräfte und Kenntnisse dem Nutzen ihres Gebietes und unseres theuren Vaterlandes widmen werden. Ich beauftrage Sie, der gesamten Bevölkerung des Südrusslandes und Kiews meinen und der Kaiserin aufrichtigen Dank für den uns erwiesenen warmen Empfang zu verbriefen.“

Petersburg, 20. Sept. In Kiew sind gestern am späten Abend Ausschreitungen vorgekommen. Ein Student erlitt beträchtliche Verletzungen am Kopfe, zwei Juden wurden verwundet. Die Regierung trifft energische Maßnahmen zur Verhütung von Unruhen. Der Generalgouverneur von Kiew gab der Bevölkerung bekannt, daß er jede Gewalttat oder Aufruherstörung aus dem nachsichtlichste unterdrücken werde. — Der Vater Bagrows ist bei seiner Rückkehr aus dem Auslande (er wollte die letzten Wochen in Wiesbaden zur Kur) an der Grenze verhaftet worden.

Schönau's Programm.

Aus Wien wird berichtet: In politischen Kreisen erzählt man, der Kaiser habe Dienstag dem neuen Kriegsminister Ritter v. Auffenberg in der Audienz erklärt, daß er an den vom bisherigen Kriegsminister v. Schönau ausgearbeiteten Vorlagen über die Heeresreform, das militärische Finanzprogramm und die Militärfinanzreform die schon von Schönau vorbereitet wurden, voll von Auffenberg durchgeführt werden. Durch den Wechsel im Kriegsministerium würde sich also nicht jeder Systemwechsel vollziehen haben, der von anderer Seite gewünscht wird.

Der Prozeß der Polizei-Affektin Frau Dr. Schapiro.

S. & H. Mainz, 19. September.

Unter großem Andrang des Publikums begannen heute im großen Schwurgerichtssaal des hiesigen neuen Landgerichts die von uns schon angeführten Verhandlungen in den Aufsehen erregenden Prozeß gegen den Verleger des „Mainzer Neuesten Anzeigers“ Heinrich Hirsch, der in seiner Zeitung in einer Reihe von Artikeln den zweiten Bürgermeister der Stadt Mainz, Abgeordneten Berndt, und die Polizeiaffektin Frau Dr. Schapiro, beledigt haben sollte. Den Vorsitz im Gerichtshof führt Landgerichtsdirektor Mees, die Anklage vertritt Staatsanwalt Mayer. Dem als Nebenkläger zugelassenen Abgeordneten Berndt steht Rechtsanwalt Dr. Pagenhofer, der ebenfalls als Nebenklägerin zugelassenen Polizeiaffektin Julitzkat Dr. Claus als Rechtsbeistand zur Seite. Frau Dr. Schapiro ist eine große schlankte Erscheinung, mit interessanten, klaren Gesicht. Sie ist tief schwarz gekleidet und ebenso wie der Abgeordnete Berndt als Zeugin geladen. Der Angeklagte Hirsch wird vom Rechtsanwalt Dr. Paul Simon (Mainz) verteidigt.

Nach dem zur Verlesung gelangten Eröffnungsbeschuß wird der Angeklagte Hirsch beschuldigt, in Heben Nummern des „Neuesten Anzeigers“ den Abgeordneten Berndt und die Polizeiaffektin Dr. Schapiro nach den §§ 187, 189 und 200 des St. G. B. beleidigt zu haben, indem in kritischen Besprechungen das System der Polizeiaffektin der Stadt Mainz zwischen dem Privatleben des Abgeordneten Berndt und seiner amtlichen Tätigkeit einen Gegensatz konstruierte und gemißraten die Behauptung aufstellte, daß der Abgeordnete zwar als Deputierter des süddeutschen Volkswesens und besonders der Stimmvolizei in außerordentlich strenger und rigoroser Weise vorgehe, in seinem Privatleben aber sehr leichtsinnig und unvorsichtig sei. Er hätte die von vertriebenen Bevölkerungsteilen beantragte Disziplinunteruchung gegen die Polizeiaffektin Frau Dr. Schapiro einseitig und parteiisch geführt, und zwar durch Beeinflussung der von ihm vernommenen Zeugen. Von der Staatsanwaltschaft und von der Verteidigung sind zu der Verhandlung über 150 Zeugen geladen, darunter Oberbürgermeister Dr. Göttelmann (Mainz) und Reichsgerichtsrath Hoff (Weizsäcker), ferner eine große Zahl politischer und sozialer Beamte, Werke u. a. Hofbesitzer, Verkäuferinnen, Modistinnen, Kantoristinnen, Schneiderinnen und Dienstmädchen; außerdem erscheinen als Zeugen eine ganze Reihe sehr zweideutiger Personen. Am Breitesten hat auch der Generalsekretär der hiesigen Zentrumsparthei Dieß Platz genommen.

Vor Eintritt in die Verhandlung richtet der Vorsitzende an Staatsanwalt Mayer die Frage, ob er in Ansehung der ganzen Affäre den Ausschluß der Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung, oder für einzelne Teile beantragen wolle. Staatsanwalt Mayer: Die Ansehungsbedenken des Verlegers Hirsch

sind in der breitesten Öffentlichkeit erfolgt, und es liegt daher im Interesse der beiden Nebenkläger, daß die ganze Verhandlung öffentlich stattfindet. Ich behalte mir aber vor, bei einigen Teilen den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit zu stellen, jedoch auch die öffentliche Verhandlung die öffentliche Öffentlichkeit Gefahr laufen sollte. Die Rechtsanwältin Dr. Pagenhofer und Julitzkat Dr. Claus erklären ausdrücklich, daß sie gegen jeden Verzicht, die Öffentlichkeit auszuschließen, Protest erheben würden.

Es wird darauf in die Verhandlung eingetreten. Der Angeklagte Hirsch bekennt sich zunächst über den ersten Artikel im einzelnen. Er habe hier niemals Verleumdung geübt, als Vertreter der Presse gegen den zweiten Bürgermeister Abgeordneten Berndt Stellung zu nehmen, er habe ihn vielmehr stets wohlwollend behandelt, bis das Institut der Polizeiaffektin sich unteilbar bemerkbar machte und die Anklagen besonders gegen Frau Schapiro sich häuften. Es sei behauptet worden, daß die Polizeiaffektin sich über den Polizeichef selbst hinwegsetze, und verschiedene höchst anstößige Dinge that habe, die einen öffentlichen Protest geradezu herausforderten. Der Polizeirat Dittler habe selbst erklärt, die Polizeiaffektin übernehme den ganzen Polizeidienst selbständig, sie reise alle an sich, er sei niemals mehr. Vorl. In den Artikeln werden aber auch persönliche Bemerkungen erhoben, indem sie die Beziehungen des Abgeordneten Berndt zum weiblichen Geschlecht als unerlaubt hinstellen; das setzt, daß Sie nicht sehr objektiv vorgehen. Angekl. Ich wollte nur zeigen, daß der Abgeordnete Berndt es nach hier als Stimmrichter auftreten. Gegen die Unteruchung habe er einzuwenden, daß sie nicht nach bester Arbeit ausf. Der Stadtbürgermeister Professor Mebel habe in humoristischer Weise selbst erklärt, man möge ihn rechtzeitig benachrichtigen, wenn eine neue Kommission tags, damit er wisse, welche Rolle er dort zu spielen habe. Weiter wird objektiv die Tätigkeit der Affektin geschildert. Sie habe die Fürsorge für Prostituierte unter sich, auch dürfe nur in ihrer Gegenwart die Visitation des Diebstahls verdächtiger Mädchen erfolgen u. a. In einem weiteren Artikel wird dann behauptet, daß die Tatsachen wohl weit freier seien und ein richtiges Eingreifen der zuständigen Behörden erforderlich, um dem geradezu unqualifizierbaren Treiben der „Frau Doktor“ ein jähes Ende zu bereiten.

Die Affäre gelangte dann am 27. Oktober v. J. in der Mainz Stadtbürgermeisterverammlung zur Besprechung. Der Angeklagte berichtete darüber und bemerkte dabei, er müsse daran festhalten, daß der Abgeordnete Berndt und Frau Schapiro die Stadt durch ihre Verwaltung geradezu in Verfall gebracht hätten. Mainz würde bereits als reines

Sodom und Gomorrah

angehören. Schließlich wird der Angeklagte ganz deutlich, indem er ausführt, daß es sich in der Verhandlung gegen mich, wo Gomorrah liegt und wo die hiesige städtische Zensur in Wirklichkeit aussehe. Eine Debatte darüber wurde kaum ausbleiben.

Der zweite Bürgermeister Abgeordnete Berndt u. d. vertreibt sich darauf zunächst über die Entwicklung des Systems der Polizeiaffektin in Mainz. Sie stellte zunächst eine

Fürsorgeeamtin

dar. Die Affektin habe auch die Rolle eines Stimmrichters spielen wollen und stets in mangelhafter und unsichtbarer Weise gehandelt. Der Oberbürgermeister als oberster Polizeichef habe sich mit der Sache beschäftigt und sämtliche Beamte der Polizei amtlich erlaßt, sich über die Affektin zu äußern. Kein einziger habe etwas von einem verdächtigen Vorgehen zu bekunden gewagt. Es sei der Affektin sogar gelungen, weibliche Fürsorgeeamtin der Stadt Mainz ohne jedes Entgelt auf Jahre hinaus in Klöstern und frommen Stiften unterzubringen. Das sei der Dame vom Mainz Frauenverein höchst angenehm gewesen. Der Zeuge gibt dann an, daß tatsächlich einmal ein Dienstmädchen der Frau Schapiro veranlaßt wurde, eine Bekannte aufzusuchen, die bei der Polizei in bösem Verdacht stand. Er würde das niemals zugehen lassen haben, wenn er es rechtzeitig erfahren hätte. Die Überantwortung treffe den betreffenden Polizeikommissar, die Affektin habe nur getan, was dieser ihr auftrug. Angekl. Wenn der Frau Abgeordnete wüßte, was der Herr Oberbürgermeister über ihn gesagt hat. Der Oberbürgermeister hat ein doppeltes Spiel gespielt. (Bewegung.) In der Nachmittagsung machte der Zeuge Abgeordnete Brand weiter einige Angaben von Fällen, in denen Mädchen hiesig verurteilt worden seien, deren Unschuld sich aber sofort herausstellte, so daß gegen die Verurteilung vorgegangen werden konnte. Der Zeuge nimmt auf seinen Eid, daß die Angaben der betreffenden Dame richtig seien.

Der folgende Zeuge ist der hiesige Landtagsabgeordnete Julitzkat Dr. Schmidt (Mainz). Er bekennt, daß er die Affäre der Verleumdung der Affektin genau geprüft und gefunden habe, daß die Angriffe gegen die Polizeiaffektin nicht bewahrheitet. Der Zeuge hat im Hinblick auf die persönliche Gerechtigkeit der Gegner gebeten, daß die Verhandlungen in der Stadtbürgermeisterverammlung ohne persönliche Note geführt würden. Von bestellter Arbeit in einem für die Affektin günstigen Sinne könne keine Rede sein.

Die Äußerung des Abgeordneten Berndt, Frau Schapiro, bekennt, daß dieser ein solcher Mißler sei, und ihr die Anweisung gegeben habe, jedes weibliche Wesen, wenn es ihn besuchen wolle, ob schön oder häßlich, ob aber jung, auf sein Bureau zu verweisen. Darauf wird unter großer Spannung

Die Polizeiaffektin Frau Dr. Schapiro

aufgerufen, die bekennt: Ich bin seit dem 19. Januar 1910 Polizeiaffektin in Mainz. Vorher habe ich mich viel mit sozialen Dingen beschäftigt und in Freiburg in der Schweiz studiert. Ich habe dort eine lange Zeit eine Frauenzeitung geleitet. Als ich mich im Oktober 1909 um die hiesige Stellung bewarb, erhielt ich von der Stadt Anwartschaften dahin, daß ich in erster Linie fürsorgeeamtin zu sein hätte. Ich hatte alles zu erleben, was mit der Stimmvolizei in Verbindung stand, soweit es weibliche Personen betraf. Ferner habe ich drei bis viermal an nächstigen Marzials teilgenommen, ebenso an der Revision von Herzberger und Götthaler, in denen sich der Stimmvolizei verdächtige Personen aufhielten.

Vorl. Sie sollen Ihre Dienstämter aus Spionendiensten zu einer in bösem Verdacht stehenden Bekannte gelandt haben. Zeugin: Das tat ich auf Anordnung des Polizeikommissars. Wir hatten Äußerungen erhalten und die waren mir zur Aufführung übergeben worden. Ich kam mit dem Polizeikommissar überein, der Frau jemand hinzuweisen, und als nächstliegendes wüßte ich mein Dienstmädchen. Das Mädchen wurde von der Bekannte auf den nächsten Morgen bestellt. Darauf bin ich mit einem Politischen hingenommen und ließ die Frau teilnehmen; sie wurde denn auch schon bestraft. Vorl.: Es wird Ihnen weiter vorgelesen, Sie hätten ungeduldeterweise gegen Personen Ansege wegen Ruhestörung erlassen. Zeugin: Das ist auch nicht richtig. Die Leute kamen gefahren, als sie hörten, daß ich Polizeiaffektin und glaubten, meine Unverschämtheit in diesen Dingen auszuüben zu können, um Nachsicht an anderen auszuüben. Soweit Ansege von mir erlassen wurde, habe ich alle nötigen Unterlagen gehabt. Vorl.: Sie sollen in der Hauptfrage in Mainz hiesigen Mädchen beschäftigt und befestigt haben. Die Sache hat dem Julitzkat doch Anlaß zu einer Beschwerde in der Stadtbürgermeisterverammlung

Zur Marokko-Frage.

H. Frankfurt a. M., 20. Sept. (Privattelegr.) Die prinzipiellen Differenzen, die in der Marokkofrage noch bestanden, sind, wie die 'Frankf. Ztg.' aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, weitgehend beseitigt...

Wien, 20. Sept. Wie der Pariser Korrespondent der 'Neuen Freien Presse' erfahren haben will, ist es nicht unmöglich, das Deutschland der Aufhebung der Madrider Konvention zuzustimmen...

Paris, 20. Sept. Das Kriegsministerium hat zahlreiche Reservisten der Jahrgänge 1908/09 für die Oktoberübungen einberufen...

Zum irischen Eisenbahnerstreik.

London, 20. Sept. Die Eisenbahnerstreiks in Dublin und anderen irischen Städten nehmen an Umfang und Heftigkeit zu. Mit Ausnahme der Dublin- und Southport-Bahn haben alle Bahngesellschaften beschlossen...

Der neue Gesandte für München.

Berlin, 20. Sept. Dem Vernehmen nach ist für die Wiederbesetzung der Gesandtschaft in München der derzeitige Gesandte in Christiania Treutler in Aussicht genommen worden.

Die Vorgänge in Kiew.

Petersburg, 20. Sept. Es sind große Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, um Unruhen zu verhindern. In den Straßen von Kiew patrouilliert Militär...

Petersburg, 20. Sept. Die gestrige Nummer der deutschen Zeitung 'Petersburger Herald' ist allerdings wegen eines Leitartikels über Stolypin beschlagnahmt worden.

Vermischte Drahtnachrichten.

Erurt, 20. Sept. In der Metallindustrie ist eine Einigung erzielt worden. Morgen wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Köln, 20. Sept. Auf der Kleinbahnstrecke Ohligs-Opfaden fand heute ein Zusammenstoß zweier Züge statt. 8 Personen wurden verletzt...

Wien, 20. Sept. Reichskriegsminister Frhr. v. Schoenach hat sich heute vormittag von den Offizieren und Beamten des Kriegsministeriums verabschiedet.

Witterungs-Ausichten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes. Dienststelle Zülpbau. Mittwoch, 20. Sept. 8 Uhr morg.

Zufriedenverteilung und Wetterlage in Europa. Endlich tritt ein Wechsel in der Lage heranziehen eines Teils vom Ozean...

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.) (Nachdruck verboten.)

- 22. September: Warm, bewölkt, teils heiter, meist trocken.
23. September: Bewölkt heiter bei Wolkenauflösung.
24. September: Bewölkt teils heiter, teils bewölkt.
25. September: Bewölkt, teils heiter, teils bewölkt.
26. September: Bewölkt, teils heiter, teils bewölkt.
27. September: Weich heiter bei Wolkenauflösung, teils bewölkt.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg. Für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel, Eugen Brinkmann...

bedeuten die Einbrud eines völlig gebrochenen Mannes. Eine gottseilige Ueberwahrung seiner Person findet nicht mehr statt.

Dauerfahrt des französischen Lenkbalkons.

Paris, 19. Sept. Der Militärballon 'Adjutant Reaux' hat heute eine Luftreise beendet, in deren Verlauf er über 21 Stunden in der Luft blieb, ohne zu landen...

Newyork, 20. Sept. Der Flieger Rosenbaum stürzte bei Chicago ab und blieb auf der Stelle tot liegen.

Vermischtes.

Neunzig Estrakanen infolge Übergrusses. Einem Telegramm aus Brüssel zufolge sind in Comines 90 Personen infolge Gehulses von schlechter Schweineleder an ersten Vergiftungserscheinungen erkrankt...

Mit 400 Mark und den Schuldscheinen nach America. Auf dem Hamburger Hauptbahnhof hielt ein Kriminalbeamter zwei 13 Jahre alte Jungen, die mit dem Kölner Schnellzuge in Hamburg eingetroffen waren...

Eine italienische Salate abgebrannt. Der Altborg Benetia am Jedoja-Basse in der Gegend, der eine Birtelkuppe vom Sandweges-Haus anstrich liegt, ist, wie die M. R. R. vernehmen, Montag früh abgebrannt.

Sport-Nachrichten.

Die Rennen zu Dresden gingen am Sonntag bei schönem Wetter und gutem Besuch vor sich. Die einzelnen Konturrennen brachten fast durchweg den favoriten Erfolg. Das mit 10000 Mark ausgestattete Wettrennen Hürden-Rennen, die Hauptkonturrennen des Tages, brachte nur vier Pferde an den Start...

Das Ende des schnellsten Motorbootes der Welt.

Aus Newyork wird telegraphisch: Das berühmte amerikanische Motorboot der 'Georgina', 'Dixie IV', welches erst vor kurzem seinem Besitzer Max Burnham den goldenen Pokal einbrachte, hat ein tragisches Ende gefunden...

hatten den Einbrud eines völlig gebrochenen Mannes. Eine gottseilige Ueberwahrung seiner Person findet nicht mehr statt. Das sein Zustand keineswegs gebessert ist, will man daraus ersehen, daß der Sanitätstrot v. Gantele häufiger im Schloße erscheint, um nach dem Kranke zu sehen.

Liebesdrama.

München, 20. Sept. Die Jüdische Robbinin Kneiffel aus Schweinfurt kam im April dieses Jahres nach München, um ihren Geliebten, den Rentmeister D. v. Weede, zu besuchen. Dabei ließ sie diesem ein 20 Zentimeter langes Goldschmiedes Messer in den Rücken, weil er das Verhältnis zu ihr gelöst hatte.

Kunst und Wissenschaft.

Ein Joseph-Israels-Denkmal.

In Groningen, dem Geburtsort von Joseph Israels, hat sich ein Komitee gebildet, das zum Andenken an Isaels ein Denkmal errichten will, und zwar in Form einer monumentalen Brunnenanlage mit dem Brustbild des Verstorbenen.

Bauschließfälle in Italien.

Aus Anlaß des Diebstahls der Mona Lisa werden dem 'Cicerone' einige Aussehen erregende ähnliche Fälle, die sich in jüngerer Zeit in Italien ereignet, gemeldet.

Unschuld wird an die sensationelle Entdeckung der berühmten Mosaik von Iscolli erinnert, jenes unalten kostbaren Stüdes, das Pierpont Morgan nach dem Diebe erwarb und dann unter dem Zwang der allgemeinen Stimmung und zur Vermeidung eines Prozesses zurückgab. Im vergangenen Monat wurden aus der 'Garcine' in Rom, und zwar aus dem ersten Stock, wo das Publikum nur mit persönlicher Erlaubnis des Besitzers zugelassen ist, zwei Gemälde gestohlen, von denen eins für ein Werk des Rubens gilt.

Ferdinand Hodler Ehrenmitglied der Berliner Gesellschaft. Die Berliner Gesellschaft hat seinen Ferdinand Hodler, den Genfer Maler, zu ihrem Ehrenmitglied ernannt. Der Künstler hat die Wahl angenommen.

Neue Ehrendoktoren. Aus London wird berichtet: Anlässlich ihrer fünfundsiebzigjährigen Jubelfeier hat die schottische Universität St. Andrews seinen die folgenden deutschen Gelehrten zu Ehrendoktoren promoviert: Herm. Diels, Edward Meyer, Bruno Meyer, Adolf Deißmann, Berlin; Alfred Hillebrandt, Breslau; Woldegar Voigt, Göttingen; Ludwig Straß de Pancsova, Graz; Georg Frommhold, Greifswald; Johannes Veit, Halle a. S.; Karl Lamprecht, Leipzig; Karl Budde, Marburg; Karl Eberhard Goebel, München; Albert Ehrhard, Straßburg; Jakob Schipper, Wien.

Luftschiffahrt.

Der neue Kriegs-Zeppelin.

Friedrichshafen, 19. September 1911.

Auf der Zeppelin-Luftschiff-Werke in Friedrichshafen geht in diesen Tagen der Neubau einer neuen Zeppelin, der im Auftrag der preussischen Militärverwaltung auszuführen wird. Bei ihm sind hohe Anforderungen an die Geschwindigkeit gestellt worden, und die Werft hofft diesen, nach den bisher mit der 'Schwaben' gemachten Erfahrungen, in vollstem Umfang gerecht werden zu können.

Die Dimensionierung des Neubaus weicht von der 'Schwaben' nur in der Länge ab; er ist mit 132 Metern 8 Meter länger als diese. Die Verzierung war möglich, da die große Belastung, die bei den Passagierluftschiffen unumgänglich erforderlich ist, in Zerstfall kommt, denn die große mittlere Kabine fällt fort, und die Belastung erhebt außer der Besatzungsmannschaft nie die Höhe, wie die Zahl der Passagiere. Der Durchmesser ist mit 14 Metern unverändert geblieben; die Konstruktionsform der Körperenden weicht nur unmerklich von der der 'Schwaben' ab. Für diese liegt die gemessene Gleichgewichtigkeit mit 19,26 Meter pro Sekunde vor. Die Konstruktoren rechnen damit, daß der Neubau 20 Meter überschreiten und demnach eine Stundenleistung von 72 bis 75 Kilometer hinter sich bringen wird.

Im übrigen bleibt die Ausstattung ziemlich unverändert. Wie die 'Schwaben' wird der Neubau mit drei Maybach-Motoren ausgerüstet, deren zwei Sechszylinder von 150 PS sind; die hinteren Motoren bilden den Antrieb für die beiden hinteren vierflügeligen Propeller, ein gleicher Motor in der vorderen Gondel bedingt zwei zweiflügelige Propeller. Ueber die weitere Ausstattung des Luftzepplers verläutet noch nichts. Doch ist eine artilerieartige Ausrüstung mit Maschinengewehren im Auge gefaßt, deren Verwendungsmöglichkeit in der Praxis erprobt werden soll.

Bald nachdem die nach im letzten Teil dieses Monats geplanten Probeflüge beendet sein werden, soll das neue Zeppelinluftschiff mit Militärtruppen manövrieren, um praktische Erfahrungen darüber zu gewinnen, wie weit dem einen oder anderen System der Vortrang zu geben ist. Wie weit ein oder mehrere von ihrer absoluten Ueberlegenheit fast überlegen die Flieger von ihrer Zeppelinfähigkeit nach überzeugt sind, rein demnach in verhältnismäßig kurzer Zeit haben sie zu 2000 Metern erreicht und dort längere Zeit hindurch verweilen zu können, wird von ihnen diese Ueberlegenheit fast unzweifelhaft, denn einestells ist der Motor eine Höhe von 2000 Metern nicht gefähig genug, um sie

Main table containing stock market data with columns for company names, prices, and various market indicators.